

Gehört der Verrat zu ihrem Programm?

In den Massenmedien der kapitalistischen Bundesrepublik Deutschland wird seit vielen Monaten die politische und ideologische Krise der ältesten Volkspartei des Landes, der „Sozialdemokratischen Partei Deutschlands“ (SPD), heftig diskutiert. Bei den Wahlen des Bundestages im Jahre 2017 erhielt diese Partei 20,5% der Wählerstimmen, das niedrigste Wahlergebnis in der gesamten Nachkriegszeit. Angesichts einer Wahlbeteiligung von 76,2% haben demnach nur 15,6 % aller Wahlberechtigten für die SPD und 20,4% - für die CDU gestimmt. Entgegen allen Zusagen und Versprechungen an ihre Wähler bildeten die politischen Führungskräfte der SPD mit der CDU/CSU erneut - diesmal im „Auftrag“ von ca. 40% aller Wahlberechtigten (mit Bayern!) - eine Regierung der „Großen Koalition“. Ihr Leitmotiv lautet: *„Ein neuer Aufbruch für Europa. Eine neue Dynamik für Deutschland. Ein neuer Zusammenhalt für das Land.“* Die XIV „fetten“ Punkte im Koalitionsvertrag suggerieren dem Leser die Illusion einer Rückkehr zum Sozialstaat, die sich jedoch nach genauerem Studium der konkreten Inhalte und Aussagen völlig in Luft auflöst. Auch in den kommenden Jahren werden in Deutschland die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zum Wohle der Konzerne und Banken (Oberschicht) herrschen! Der Ausbeutungsgrad, die Preise und Profite werden weiter steigen, die Löhne und Gehälter sinken. Dafür sorgt die „neue“ Regierung! Die Unterschicht erwartet – wie bisher – nichts Gutes!

Schon der römische Kaiser Gaius Octavius (63 v. Chr. – 14 n. Chr.) prägte den berühmten Satz „Ich liebe den Verrat, aber Verräter lobe ich nicht“. Wen wundert es, dass die große „Volkspartei“ der Sozialdemokraten nach ihrem neuen politischen Verrat kurz vor ihrer Auflösung steht. Gehört der Verrat zu ihrem Programm? In der deutschen Geschichte gibt es dafür konkrete Hinweise. Erinnern wir uns:

1. Im Ersten Weltkrieg wurde die Zielstellung der „wirtschaftlichen und politischen Vernichtung des russischen und deutschen Reiches“ vom britischen Geheimdienst gemeinsam mit seinen amerikanischen und französischen Verbündeten durch eine beispiellosen Hetze, Konfrontation und durch grausame und blutige Schlachten erfolgreich realisiert. In Russland halfen ihnen dabei die Sozialrevolutionäre, Kadetten, Menschewiken und Bolschewiken, in Deutschland – die Sozialdemokraten, Freikorps, Sozialisten und Kommunisten. Der Sozialdemokrat Gustav Noske, der als berüchtigter „Bluthund“ in die Geschichte der Sozialdemokratie eingegangen ist, verhinderte mit ausdrücklicher Zustimmung von Friedrich Ebert (Vorsitzender der SPD in Bremen und Reichspräsident vom 1918 bis 1925) auf seine Art und Weise den Sieg der revolutionären Arbeiter- und Soldatenräte in Kiel (November 1918) und in Berlin (Januar 1919). Von der Regierung Ebert zum Oberbefehlshaber ernannt, ließ er erbarmungslos auf alle Anhänger von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg schießen. Schon im Dezember 1918 erschien in hoher Auflage ein Flugblatt mit der Aufforderung „Schlagt ihre Führer tot! Tötet Liebknecht! Dann werdet ihr Frieden, Arbeit und Brot haben. Die Frontsoldaten.“ Am 15. Januar 1919 werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg ohne jeden Haftbefehl festgenommen und in das Stabsquartier der Garde-Kavallerie-Schützen-Division (GKSD) von Waldemar Pabst gebracht. In Absprache zwischen Pabst und dem Reichswehrminister Gustav Noske (SPD) werden Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gefoltert, erschossen und von ihren Mördern im Landwehrkanal „entsorgt“. Weil diese Morde von höchster Stelle angeordnet waren, sind alle Untersuchungen im Sande verlaufen. Über das Leben und die Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wissen unsere jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) fast nichts. Am 2. Dezember 1914 stimmte Karl Liebknecht als einziger Abgeordneter der SPD im Deutschen Reichstag gegen die Kriegskredite. Seine klugen und sehr mutigen Worte sind angesichts der politischen Situation im Jahre 2019 so aktuell wie nie zuvor und dürfen niemals vergessen werden. Sie lauten:

„Meine Abstimmung zur heutigen Vorlage begründe ich wie folgt: Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital. Es handelt sich vom Gesichtspunkt des Wettrüstens um einen von der deutschen und österreichischen Kriegspartei gemeinsam im Dunkel des Halbabsolutismus und der Geheimdiplomatie hervorgerufenen Präventivkrieg. Es handelt sich um ein bonapartistisches Unternehmen zur Demoralisierung und Zertrümmerung der anschwellenden Arbeiterbewegung ... Der Krieg ist kein deutscher Verteidigungskrieg. Sein geschichtlicher Charakter und bisheriger Verlauf verbieten, einer kapitalistischen Regierung zu vertrauen, dass der Zweck, für den sie die Kräfte fordert, die Verteidigung des Vaterlandes ist... Die Notstandskredite bewillige ich in der verlangten Höhe, die mir bei weitem nicht genügt. Nicht minder stimme ich allem zu, was das harte Los unserer Brüder im Felde, der Verwundeten und Kranken, denen mein unbegrenztes Mitleid gehört, irgendwie mindern kann; auch hier geht mir keine Forderung weit genug. Unter Protest jedoch gegen den Krieg, seine Verantwortlichen und Regisseure, gegen die kapitalistische Politik, die ihn heraufbeschwor, gegen die kapitalistischen Ziele, die er verfolgt, gegen die Annexionspläne, gegen den Bruch der belgischen und luxemburgischen Neutralität, gegen die Militärdiktatur, gegen die soziale und politische Pflichtvergessenheit, deren sich die Regierung und die herrschenden Klassen auch heute noch schuldig machen, lehne ich die geforderten Kriegskredite ab.“

Berlin, den 2. Dezember 1914

gez. Karl Liebknecht

Im „Kriegstagebuch des Reichstagsabgeordneten Eduard David 1914 – 1918“ (Abgeordneter der SPD) lesen wir, dass Liebknechts „lange, rein doktrinäre Erklärung“ in der SPD-Fraktion mit „erstaunlicher Heiterkeit“ zur Kenntnis genommen worden sei. Im Fraktionsprotokoll wurde sein Einspruch erst gar nicht erwähnt. Dienstbeflissen warnte das Pressebüro der SPD die sozialdemokratischen Zeitungen vor den strafrechtlichen Folgen im Falle einer Veröffentlichung der Erklärung von Karl Liebknecht, die jedoch in handschriftlichen Kopien in den Reihen der SPD schon längst verbreitet wurde.

2. Der Verrat der eigenen politischen Zielstellung „Keine Zusammenarbeit mit der herrschenden Klasse und mit dem Kapitalismus, sondern internationale Solidarität mit allen Arbeitern, um den Krieg zu beenden“ durch die SPD führte letztendlich zu ihrer Spaltung. Am 7. Januar 1917 beschloss die SPD-Führung den Ausschluss aller Oppositionellen – sowohl der Revolutionäre als auch großer Teile des Zentrums. Vor dem Beginn des Ersten Weltkrieges hatte die Partei eine Million Mitglieder. Nach der Spaltung nur noch 200.000 – vier Fünftel der Mitglieder vergraulte die SPD-Führung durch ihre verhängnisvolle Politik. Die Ausgeschlossenen gründeten im April 1917 auf ihrer Reichskonferenz in Gotha die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD). Ihre politische Struktur war von Anfang an sehr heterogen, sie lehnte die Kriegsbeteiligung ab, strebte aber keine revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an. Als im Jahre 1918 die Revolution begann, trennte sich sehr schnell die Spreu vom Weizen. Die USPD bildete für kurze Zeit mit der SPD eine gemeinsame Regierung und entwickelte sich nach der Bayerischen Räterepublik und dem Kapp-Putsch 1920 zur zweitstärksten Partei in Deutschland. Aus ihren Reihen (Spartakusbund und „Bremer Linke“) wurde am 1. Januar 1919 die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gegründet. Durch innere Streitigkeiten zerrissen und gelähmt, von den SPD-Regierungen verboten, war diese Partei nach der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg praktisch

führerlos. Bei den Wahlen im Jahre 1920 erhielt sie nur 2,1% der Stimmen. Zu einer Massenpartei wurde die KPD erst, als die USPD auf Grund ihrer inneren Widersprüche zerbrach.

3. Seit der Auflösung der Sowjetunion und der Annexion der DDR durch die BRD in den 90iger Jahren des vorigen Jahrhunderts gehört die „neue“ Geschichte des Untergangs der Weimarer Republik im Zeitraum von 1930 bis 1933 ohne Zweifel zu der verlogenensten aller Zeiten. Von den herrschenden Parteien (CDU, CSU und SPD) und ihren Medien wird an ihr geschraubt, gebohrt, gehämmert und gefeilt – bis zur Unkenntlichkeit. Die Schuld an der Machtergreifung Adolf Hitlers wird in allen nur denkbaren Nuancen der Sowjetunion, Stalin und – wie kann es anders sein – den Kommunisten zugeschoben. Seriöse Analysen beweisen: Weder die Verfassung der Weimarer Republik vom 31. Juli 1919 noch die politischen Praktiken im Deutschen Reichstag führten 1933 zwangsweise zur Machtübernahme von Adolf Hitler und seiner faschistischen Partei (NSDAP). Bis 1930 war der Reichstag eine parlamentarische Demokratie, d.h. der Kanzler war automatisch der Führer der stärksten Partei. Als einflussreichen Kräften und Mächten klar wurde, dass Adolf Hitler auf diesem Wege niemals Kanzler werden kann, wurde der Artikel 48 der Verfassung (Notverordnung) „ein wenig“ korrigiert. Der Reichspräsident Paul von Hindenburg setzte am 9. Oktober 1931 Heinrich Brüning, der im Parlament keine Mehrheit besaß, mit Hilfe der Notverordnung als neuen Kanzler ein.

In der letzten Reichspräsidentenwahl am 13. März 1932 hat die KPD ihren Vorsitzenden, Ernst Thälmann, als Kandidat vorgeschlagen. Ihre, für damalige Verhältnisse sehr kluge und weitsichtige Losung „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg!“ war absolut richtig und ist deshalb auch in die Geschichte als eine unvergessliche Wahrheit eingegangen. Dieser Vorschlag der KPD erfolgte auch deshalb, weil die SPD als größte und stärkste Volkspartei Deutschlands es nicht für nötig hielt, einen eigenen Kandidaten vorzuschlagen. Eine Einheitsfront, geschweige denn einen gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Reichspräsidenten, lehnte die SPD-Führung kategorisch ab. Mit der demagogischen Losung „Schlagt Hitler! Deshalb wählt Hindenburg!“ unterstützten sie praktisch die Machtergreifung des Faschisten Adolf Hitler in Deutschland. Ein erneuter Verrat, wie der weitere Verlauf der Geschichte anschaulich zeigt:

- Am 30. Mai 1932 hat Paul von Hindenburg den amtierenden Kanzler, Heinrich Brüning, abgelöst und anschließend Franz von Papen zum neuen Kanzler ernannt. Franz von Papen bildete ein „parteilose“ Regierung, die vom Parlament des Reichstages keinerlei Unterstützung erhielt. Bereits am 4. Juni hat er deshalb den Reichstag aufgelöst und Neuwahlen angesetzt.
- Am 20. Juli 1932 wurde die gewählte SPD-Regierung in Preußen vom Kanzler Franz von Papen durch eine Notverordnung widerrechtlich aufgelöst, weil sie angeblich Absprachen mit den Kommunisten getroffen hat. Der Vorschlag der KPD einen Generalstreik durchzuführen, wurde von der SPD als eine extrem radikale Aktion eingestuft und deshalb abgelehnt.
- Am 12. September 1932 sprachen alle Parteien des Reichstages (einschließlich NSDAP) der Regierung Franz von Papen ihr Misstrauen aus. Der Reichstag wurde aufgelöst. Neuwahlen fanden am 6. November 1932 statt. Als am 17. November die Minister der Regierung zurücktraten, ernannte Paul von Hindenburg am 2. Dezember 1932 den General Kurt von Schleicher zum neuen Kanzler von Deutschland.
- Am 23. Januar 1933 wurde die Zentrale der KPD (das Karl-Liebknecht-Haus) in Berlin von den Faschisten (SA und SS) überfallen, durchsucht und geschlossen. Die SPD verlegte ihre Division „Eiserne Front“ (zur Verteidigung der Weimarer Republik und

der Demokratie vom Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold mit dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund (ADGB) und mit der SPD 1931 gegründet) schnell zu einer „geplanten“ Übung außerhalb von Berlin.

- Am 30. Januar 1933 erschienen Adolf Hitler und Franz von Papen beim Reichspräsidenten Paul von Hindenburg und teilten ihm mit, dass es ihnen gelungen sei, eine „Regierung der nationalen Konzentration“ aus DNVP (Deutschnationale Volkspartei) und NSDAP zu bilden. Paul von Hindenburg beauftragt Adolf Hitler mit der Bildung einer derartigen Regierung.
- Am gleichen Tag wendet sich das Zentralkomitee der KPD an die SPD und „Die christlichen Gewerkschaften“ mit dem Aufruf, einen Generalstreik zum Sturz der faschistischen Regierung durchzuführen. Den Aufruf finden Sie unter dem Link http://teachsam.de/geschichte/ges_deu_weimar_18-33/wei_parteien/kpd/kpd_quellen/wei_par_kpd_qu_7.htm Die SPD-Führung charakterisierte diesen Aufruf der KPD als unannehmbar!
- Am 3. März 1933 wurde der große Arbeiterführer, Revolutionär, Kommunist und Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann, von den faschistischen Schergen der Hitlerdiktatur verhaftet und 11 Jahre im Gefängnis eingesperrt. Er warnte schon 1933 vor dem Hitlerfaschismus und vor dem bevorstehenden Krieg. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion prägte er den berühmt gewordenen Satz „Stalin bricht Hitler das Genick!“ Am 18. August 1944 ist er im Konzentrationslager Buchenwald auf ausdrücklichen Befehl von Hitler ermordet worden. Für uns ist und bleibt Ernst Thälmann ein wahrer Kommunist, ein Held, eine wichtige Symbolfigur im Kampf für Frieden, Freiheit und Völkerfreundschaft, im Kampf gegen Imperialismus, Faschismus und Krieg. Der krampfhafteste Versuch, Oberst Graf von Stauffenberg, der bis zu seinem missglückten Attentat am 20. Juli 1944 ein treuer Anhänger von Adolf Hitler war, zur zentralen deutschen Symbolfigur des antifaschistischen Widerstandes zu deklarieren, wird letztendlich scheitern.
- Am 10. Mai 1933 gab Hermann Göring als Reichsminister ohne Geschäftsbereich der SA und SS den Befehl, alle Verlage, Häuser und Räume der SPD und Gewerkschaften zu besetzen und zu schließen. Die Mehrzahl der SPD-Politiker hat Deutschland fluchtartig verlassen und die Mitglieder der Partei ihrem Schicksal überlassen.

Die Wahlergebnisse von 1924 bis 1933 beweisen, dass die Machtübernahme von Hitler verhindert werden konnte.

| | 1920 | 05.1924 | 12.1924 | 1928 | 1930 | 07.1932 | 11.1932 | 03.1933 |
|-------------------------------------|------|---------|---------|------|------|---------|---------|---------|
| NSDAP | - | 6,6 | 3,0 | 2,6 | 18,3 | 37,4 | 33,1 | 43,9 |
| Kampffront Schwarz-Weiß-Rot | 15,1 | 19,6 | 20,5 | 14,3 | 7,0 | 5,9 | 8,6 | 7,9 |
| Deutsche Volkspartei (DVP) | 13,9 | 9,2 | 10,1 | 8,7 | 4,8 | 1,2 | 1,9 | 1,1 |
| Bayerische Volkspartei (BVP) | 4,4 | 3,2 | 3,7 | 3,0 | 3,0 | 3,3 | 2,1 | 2,7 |
| Deutsche Zentrumspartei | 13,6 | 13,4 | 13,6 | 12,1 | 11,8 | 12,4 | 11,9 | 11,3 |
| Deutsche Demokratische Partei (DDP) | 8,3 | 5,6 | 6,3 | 4,9 | 3,8 | 1,0 | 0,9 | 0,8 |
| SPD | 21,9 | 20,5 | 26,2 | 29,8 | 24,5 | 21,6 | 20,5 | 18,3 |
| KPD | 2,1 | 12,6 | 8,9 | 10,6 | 13,1 | 14,6 | 16,9 | 12,3 |

4. Nach dem heldenhaften Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus 1945 standen die beiden deutschen Arbeiterparteien SPD und KPD vor einem unbeschreiblichen Dilemma: Das

Fehlen einer proletarischen Einheitsfront von SPD und KPD im Jahre 1933 haben zig Millionen Menschen in Europa nach der Machtübernahme von Adolf Hitler und seiner faschistischen Partei mit ihrem Leben bezahlt. Die schrecklichen persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen der Mitglieder beider Parteien in der Illegalität, in den Gefängnissen, in den Konzentrationslagern der Nazis und an der Kriegsfrente haben bei den Mitgliedern der KPD und SPD den Willen gestärkt, ihre Parteien zu vereinen und gemeinsam einen sozialistischen Staat aufzubauen. In der sowjetischen Zone des vom Faschismus befreiten Deutschlands wurde schon im Juni 1945 die Aktivierung von demokratischen Parteien erlaubt. In gemeinsamen Aktionen und Konferenzen beschlossen sie am 21. Dezember 1945 sich zu vereinen. Die westlichen Besatzungsmächte unterdrückten in ihren Hoheitsgebieten mit allen nur denkbaren Mitteln jede Einheitsbestrebung. Kurt Schumacher, bis zum 10. Mai 1946 inoffizieller Vorsitzender der SPD, beobachtete die Entwicklung in der „sowjetischen Zone“ mit „wachsender Sorge“. Als besessener Antikommunist und Russophob lehnte er die Vereinigung beider Parteien zu einer Sozialistischen Einheitspartei kategorisch ab. Am 22. April 1946 wird im Osten Deutschlands die historisch bedeutende Gründung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in Anwesenheit von 548 SPD-Delegierten und 507 KPD-Delegierten vollzogen. Die noch heute in den kapitalistischen Medien kursierende Behauptung über eine so genannten „Zwangsvereinigung“ ist einfach absurd und hält keiner ernsthaften Prüfung stand. An der opportunistischen Grundhaltung der SPD-Führung hat sich praktisch nichts geändert: Im Jahre 1933 hatte sie die Hoffnung durch den Ausschluss von jüdischen Vorstandsmitgliedern unter der Hitler-Diktatur weiter bestehen zu können, seit dem Jahre 1946 – durch ihre antikommunistische und antisowjetische Politik unter der Diktatur des angelsächsischen Imperialismus.

5. Es ist nicht die Aufgabe des vorliegenden Beitrages, die wahren Ursachen und Gründe zu analysieren, die letztendlich zur Annexion der DDR durch die BRD geführt haben. Ein Referendum der DDR-Bürger für den Beitritt unseres Landes in die BRD hat es nie gegeben. Die „Abwicklung“ der DDR erfolgte in einem irrsinnigen Tempo mit beispielloser Hektik. Sie wurde von gut bezahlten Kräften, die am schweren Aufbau unseres Landes nie beteiligt waren, durchgeführt! Der Deutsche Einigungsvertrag ist und bleibt eine Schande für die deutsche Nation! Er hat die Spaltung Deutschlands nicht überwunden, sondern vertieft! Die Realitäten wahrzunehmen und richtig zu interpretieren, erfordert viel Zeit und Kraft. Fast 30 Jahre haben wir gebraucht, um endlich zu begreifen, dass uns die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) erneut belogen, betrogen und verraten hat. Ja, wir sind tatsächlich unbelehrbar, undankbar, borniert und ... nicht besonders demütig. Wir haben die „Vormundschaft der SED“ gegen die Vormundschaft der SPD (besser: des Kapitals!) ausgetauscht. Wo liegt das Problem? Haben wir den Führern der SPD nicht aufmerksam zugehört, ihre Aussagen nicht gelesen und ... sie falsch verstanden? Verstehen wir die nachstehenden Aussagen des „großen Führers“ der SPD, Kurt Schumacher, von 1930 und 1946 jetzt besser? Lesen Sie selbst:

Im Jahre 1930 bezeichnete er die Nazis und Kommunisten als „gemeinsame Brüder im Geiste“ und erklärte:

„Die Kommunisten sind in Wirklichkeit nur rot lackierte Doppelausgaben der Nationalsozialisten. Beiden gemeinsam ist der Hass gegen die Demokratie und die Vorliebe für die Gewalt. Die Kommunisten sind die stehenden Heere der sowjetrussischen Außenpolitik.“

„Das Heroenzeitalter der Kommunisten ist vorüber. Heute ist die Frage Kommunist oder Sozialdemokrat die Frage Russe oder Deutscher. Und wir sind Deutsche“ (2. Januar 1946).

Gern erinnern wir uns an die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) 1869 in Eisenach. An der Spitze der SDAP standen damals die großen Arbeiterführer Wilhelm Liebknecht und August Bebel. Sie besaßen ein revolutionäres Programm und eine revolutionäre Ideologie auf der Grundlage der Lehren von Karl Marx für den Sturz des Kapitalismus und für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft.

Nach 90 Jahren, auf dem Godesberger Parteitag vom 13. bis 15. November 1959, entwickelte sich die SPD von einer Arbeiterpartei zu einer Monopolpartei. Ihr Arbeiteranteil sank von 60 auf 20 Prozent. Der Opportunismus hat in der SPD endgültig gesiegt! Mit demagogischen Losungen („mehr Demokratie wagen“, „Reformen von oben“, „krisenfreier Kapitalismus“, ...) wurden Berufsverbote für Kommunisten, Notstandsgesetze und kleinbürgerliche Denkweisen mit brachialer Gewalt durchgesetzt. Mit ihren Lügen, Falschmeldungen und Desinformationen, mit ihrer Desorganisation und Demoralisierung sichert sie in ihren Medien (mehr als 70 Tages- und Wochenzeitungen gehören der SPD) den politischen und ideologischen Einfluss auf Millionen Leser. Für ihre „gute Arbeit“ werden sie gut bezahlt. Die Konzerne und Banken überweisen der SPD jedes Jahr viele Millionen Euro. 1998 gelang es der Regierung von Gerhard Schröder und Joschka Fischer verschiedene Kräfte der Arbeiter- und Volksbewegung zu korrumpieren. Die unsozialen Reformen im deutschen Sozialsystem und auf dem Arbeitsmarkt (Agenda 2010) sowie die Hartz-IV-Gesetze sind dafür ein anschaulicher Beweis.

Der Masseneinfluss der SPD und ihre Mitgliederzahl schwinden. Ursache dafür ist eine tiefe politische Krise in der gesamten Partei. In Vorbereitung auf die diesjährigen Wahlen, versuchen die Führungskräfte verzweifelt, ihre ehemaligen Wähler mit neuen und alten Lügen wieder an die Wahlurnen zu bringen:

„Europäischer Mindestlohn von 900,- Euro ist die zentrale Forderung der SPD für die Europawahl“;

„SPD will Zuschlag bei Mindestlohn“;

„Arbeitsminister Heil (SPD) fordert Grundrente von 900,- Euro“;

„SPD bricht mit Hartz IV“ und „Wir lassen Hartz IV hinter uns“ (SPD-Chefin Andrea Nahles);

„SPD plant neuen Sozialstaat“;

„SPD will neues Vertrauen schaffen“.

„Wer einmal lügt dem glaubt man nicht!“. Die angebliche „Rückkehr“ der SPD zu einem neuen „Sozialstaat BRD“ ist nicht Gegenstand des „Koalitions-Vertrages zwischen CDU, CSU und SPD“. Eine derartige Zielstellung der SPD im Rahmen der Regierung Merkel ist deshalb völlig irrelevant und indiskutabel.

Dr. Wolfgang Schacht

21. Februar 2019

Lesen Sie in diesem Zusammenhang auch die Beiträge

Unbequeme Wahrheiten >>>> http://www.dr-schacht.com/Unbequeme_Wahrheiten.pdf

Wie die Medien unser Gehirn verbiegen >>>>>

http://www.dr-schacht.com/Wie_die_Medien_unser_Gehirn_verbiegen.pdf